

Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Statement

Integrationsgipfel

Berlin, 28. Mai 2013

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben in den vergangenen Tagen schockierende Bilder aus Schweden gesehen. Dort hat es massive Ausbrüche von Gewalt in den so genannten Problembezirken am Rande Stockholms gegeben.

Sie haben an Bilder aus den Vororten von Paris oder aus London erinnert. Und das in einem Land, das viele von uns als Muster für einen intakten Sozialstaat, für gute Bildungspolitik und auch für die gelungene Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ansehen.

Wir können und müssen daraus lernen, dass das Thema Integration keines für Schönwetterreden und Showveranstaltungen ist. Es gehört jeden Tag auf die Agenda der Politik, und zwar ganz weit nach oben.

Vor diesem Hintergrund sage ich sehr bewusst: Wir haben Fortschritte gemacht. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Gesellschaft und Arbeitswelt hat heute einen höheren Stellenwert als noch vor Jahren.

Politik und Gesellschaft, also wir alle, haben die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Eingliederung anerkannt.

Und wir haben erkannt, dass Integration ein Prozess ist, in dem es alle braucht, wenn er zum Erfolg führen soll: die Menschen mit Migrationsgeschichte genauso wie Bund, Länder, Kommunen, Betriebe, Gewerkschaften und die Organisationen der Zivilgesellschaft.

Ohne die Bereitschaft aller Beteiligten kann Integration nicht erfolgreich sein. Diese Bereitschaft scheint gewachsen zu sein. Denn gemeinsam wurden im Integrationsplan und im Aktionsplan Integration Vereinbarungen getroffen und auch umgesetzt – wenn auch noch nicht umfassend.

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Mehr als sieben Millionen Migrantinnen und Migranten sind erwerbstätig.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländerinnen und Ausländer liegt mit mehr als zwei Millionen im September 2012 höher als je zuvor.

Und das, obwohl die Gesamtzahl der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner eher abgenommen hat.

Auch die Entwicklung bei den Schulabschlüssen hat sich in den letzten Jahren verbessert. Während im Jahr 2000 unter zehn Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler einen Fach- oder Hochschulreifeabschluss schafften, so waren es im Abgangsjahr 2011 bereits fast siebzehn Prozent.

Positive Entwicklungen gab es auch bei den Sprachkursen. Offensichtlich konnte in den letzten Jahren auch die Qualität verbessert werden. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden erreichten in 2011 das Sprachniveau B 1.

Sehr geehrte Damen und Herren,

sicherlich gibt es unterschiedliche Gründe für die Entwicklung.

Die nach wie vor stabile Konjunktur in Deutschland, verbunden mit dem Anstieg der Beschäftigungszahlen, hat zur verstärkten Arbeitsmarktintegration beigetragen.

Heute suchen immer mehr Unternehmen nach Fachleuten. So wächst langsam ihre Bereitschaft, auch Jugendlichen mit niedrigeren Schulabschlüssen eine Chance zu geben. Die Diskussionen zum Integrationsplan und die dort getroffenen Vereinbarungen waren ein wichtiger Anstoß.

Inzwischen werden auch erste Kooperationen mit Schulen in so genannten Problemvierteln abgeschlossen, um Schülerinnen und Schüler einen Einblick in die Betriebe zu ermöglichen.

Die Maßnahmen von Unternehmen, Betriebsräten und der Bundesagentur für Arbeit tragen ebenfalls zur besseren Eingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund bei.

Zudem haben auch Migrantenorganisationen und Migrationsfachdienste einen großen Anteil an der beruflichen Eingliederung. Hinweisen will ich hier nur auf migra e.V. in Rostock mit seinem vielfältigen Angebot.

Das Projekt „Kompetenz sucht Job“, das in 2012 bedauerlicherweise ausgelaufen ist, trug zur Verbesserung der beruflichen Integration in der Region Mecklenburg und Nordvorpommern bei. In Kooperation mit Unternehmen und den Job-Centern wurden vor allem arbeitslose Migranten beraten und unterstützt.

Migrantinnen und Migranten selbst haben großes Interesse an einer Eingliederung. Auch und gerade diejenigen, die bereits lange in Deutschland leben. Das zeigt z.B. ihr Interesse an Sprachkursen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

natürlich müssen wir auch unsere eigenen Selbstverpflichtungen anschauen und Bilanz ziehen. Doch auch dann kann ich sagen: Vieles, aber noch nicht alles, konnten wir umsetzen.

Hinweisen möchte ich darauf, dass auch bei den letzten Betriebsratswahlen wieder viele ausländische Staatsangehörige als Betriebsräte und Vorsitzende gewählt wurden.

Und hinweisen möchte ich auf ein gemeinsames Projekt mit unseren Bulgarischen Gewerkschaftsbünden. Dabei geht es darum, Informationen über Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechte bereits in Bulgarien zu verteilen.

Aber ausruhen können und werden wir uns nicht. Denn Integration ist ein Prozess, der über einen langen Zeitraum verläuft und gute Rahmenbedingungen braucht. Gleichzeitig fängt er immer wieder neu an, wenn Menschen nach Deutschland kommen.

Ich möchte einige der Aufgaben benennen, die wir lösen müssen, wenn wir gemeinsam Integration weiter verbessern und noch mehr Partizipation ermöglichen wollen:

Erstens:

Jugendliche mit Migrationshintergrund und insbesondere ausländische Jugendliche sind in der Berufsausbildung weiterhin stark unterrepräsentiert. 2011 lag die so genannte Ausbildungsanfängerquote junger Ausländer mit 29,8 Prozent nur etwa halb so hoch wie die junger Deutscher (60,2 Prozent).

Und das, obwohl viele Unternehmen klagen, dass sie ihre Ausbildungsstellen nicht mehr besetzen können.

Im gerade vom Bundeskabinett verabschiedeten Berufsbildungsbericht lesen wir, dass die niedrigeren Schulabschlüsse ein Grund dafür seien.

Gleichzeitig aber wird ausgeführt, dass auch bei gleichen schulischen Voraussetzungen die Chancen Jugendlicher mit Migrationshintergrund signifikant niedriger liegen.

Leider hat sich die Situation in den letzten Jahren nicht verbessert.

Immer noch spielen neben der Vorbildung das Wohnquartier und die Herkunft, insbesondere in der ersten Phase des Bewerbungsverfahrens, eine wichtige Rolle.

Offensichtlich gibt es nach wie vor auch Vorbehalte und Vorurteile. Denn wenn die Jugendlichen erst einmal zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen werden, dann steigen ihre Chancen.

Für mich folgt daraus, dass wir uns in den Betrieben weiterhin für Gleichbehandlung und gegen Fremdenfeindlichkeit einsetzen müssen - gemeinsam mit Betriebsräten und Unternehmensleitungen.

Und Betriebe müssen verstärkt die Möglichkeiten zur Förderung von Jugendlichen mit schlechten Startchancen nutzen. Wir setzen dabei weiter auf Vereinbarungen der Tarifpartner, wie sie zum Beispiel in der chemischen Industrie vorhanden sind.

Aber natürlich müssen wir auch etwas dafür tun, dass mehr Betriebe ausbilden.

Zweitens:

In vielen Beratungen rund um den Demographie-Gipfel wurde immer wieder die Schaffung einer Willkommenskultur als Baustein zur Anwerbung ausländischer Fachleute eingefordert.

Doch eine Willkommenskultur vermissen auch die bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten.

Betriebe und Unternehmen schrecken vielfach davor zurück, Menschen ohne gesicherten Aufenthalt einzustellen. Und wenn, dann bedarf es häufig noch der Vorrangprüfung.

Kein Wunder also, dass viele Ausländer nur eine prekäre Beschäftigung finden: Im September letzten Jahres waren das fast 500.000 Menschen. Nach den neuesten Zahlen waren das nochmals 2,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Ähnlich ist die Entwicklung bei der Leiharbeit.

Aus unserer Sicht muss deswegen das Aufenthaltsrecht die Fachleutesicherung und Fachleutezuwanderung erleichtern. Ein sicherer Aufenthalt und ein möglichst frühzeitiger gleichrangiger Zugang zum Arbeitsmarkt sind besonders wichtig.

Wir dürfen Talente und hier Ausgebildete nicht verlieren, wenn sie eine Zeit lang im Ausland arbeiten, sich weiterbilden oder sich aus familiären Gründen dort aufhalten. Die Fortgeltung des Aufenthaltstitels wäre also auch ein Beitrag zur Fachleutesicherung.

Drittens:

Angesichts der stabilen Konjunktur in Deutschland und der immer noch steigenden Arbeitslosigkeit, vor allem in den südeuropäischen Krisenländern, nimmt die Zuwanderung nach Deutschland weiter zu.

Nach den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes kamen zwar die meisten Menschen aus Polen, Rumänien und Bulgarien.

Sichtbar zugenommen hat aber auch die Zuwanderung aus Italien, Griechenland und Spanien. Und die Bundesregierung scheint ja gewillt zu sein, jungen Arbeitslosen aus den Krisenstaaten eine Perspektive bei uns zu bieten.

Diese Hilfe ist nicht selbstlos, denn da kommen hoch qualifizierte Menschen zu uns.

Und um es deutlich zu sagen: Ich begrüße die Hilfe ausdrücklich!

Aber wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Unternehmen bei der Ausbildung nicht aus der Haftung entlassen werden dürfen.

Mit verzweifelte jungen Menschen aus Südeuropa die Fachleutelücke zu schließen ohne sich um die nicht versorgten Menschen von hier zu kümmern – das wird nicht funktionieren.

Und das ist nicht im Sinne einer zeitgemäßen Integrationspolitik!

Außerdem sollten wir nicht unterschätzen, dass mit der Zuwanderung vor allem aus EU-Staaten neue Herausforderungen verbunden sind.

Ihnen müssen sich Bund, Länder und Kommunen sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft stellen.

In diesem Zusammenhang waren Äußerungen von Bundesinnenminister Friedrich zur Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien wenig hilfreich.

In der Rheinischen Post vom 25. Februar erklärte er: „Wenn sich dann erst einmal herumgesprochen hat, was in Deutschland mit Sozialleistungen möglich ist, können wir uns auf etwas gefasst machen.“

Ich hätte mir gewünscht, dass der Minister zu einer sachlichen Diskussion über notwendige Maßnahmen und vor allem eine finanzielle Unterstützung für die Kommunen beigetragen hätte.

Denn wir müssen uns mehr denn je den Eingliederungsproblemen von EU-Bürgern zuwenden.

Viele haben kaum Informationen über Unterstützungsmöglichkeiten, die Migrationserstberatung ist häufig überfordert und außerdem fehlt es an geeigneten Maßnahmen zur Sprachförderung.

Mit Ausnahme des Programms MobiPro-EU für zuwanderungswillige Jugendliche haben EU-Bürger keinen Anspruch auf die Teilnahme an Integrationskursen. Diesen Anspruch aber brauchen wir.

Viertens:

In der Migrations- und Integrationspolitik wurde die Zuwanderung im Rahmen des grenzüberschreitenden Arbeitskräfteeinsatzes kaum beachtet, vor allem die aus EU-Ländern.

Heute werden mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über lange Zeiträume in fast allen Branchen eingesetzt.

Manche Organisationen und Dienstleister nutzen die Situation mobiler Beschäftigter systematisch aus, die Mindestarbeitsbedingungen und das Tarifsysteem zu unterlaufen.

Betroffen sind vor allem Scheinselbständige, Leiharbeitskräfte und entsandte Beschäftigte. Sie kommen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten und zunehmend auch aus den südeuropäischen Krisenstaaten.

Für uns geht es hier um Gleichbehandlung und um die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte.

Mit dem Projekt „Faire Mobilität“, das vom BMAS und Europäischem Sozialfonds unterstützt wird, konnten wir die Probleme aufarbeiten und in einem Jahr rund 1.800 Personen unterstützen.

Aus meiner Sicht brauchen wir aber dauerhafte Unterstützung für diese Gruppen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir brauchen eine Migrations- und Integrationspolitik, die die aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen für Partizipation verbessert und die sich stärker an den individuellen Talenten orientiert und diese fördert.

Der Integrationsplan und der Aktionsplan beinhalten gute Ansätze, vieles muss aber noch umgesetzt werden.

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen für die Herstellung gleicher ökonomischer und gesellschaftlicher Chancen sollte der Integrationspolitik auch in der nächsten Legislaturperiode ein hoher Stellenwert eingeräumt werden.

Dann kann sie eine wichtige Ergänzung einer Strategie zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus sein, die seit langem überfällig ist.

Dem künftigen Bundestag und der neuen Regierung empfehle ich, die Migrations- und Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe zu betrachten.

Das neu gewählte Parlament sollte die erforderlichen Maßnahmen gemeinsam mit Ländern und Kommunen, den Migrantenorganisationen, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie der Zivilgesellschaft erarbeiten.

Wir Gewerkschaften jedenfalls sind bereit dazu unseren Beitrag zu leisten und weiterhin Migrantinnen und Migranten bei der Durchsetzung der Arbeitnehmerinteressen zu unterstützen.